Bekennen Sie Farbe, Herr Naumann…

8 Euro Mindestlohn. Gesetzlich garantiert.

…zum gesetzlichen Mindestlohn.

Gut so, wenn Sie sich für die Einführung von Mindestlöhnen aussprechen. Sie finden es „unerträglich«, dass 60 Prozent der Hamburger, die im Niedriglohnsektor arbeiten, eine abgeschlossene Berufsausbildung haben, aber mit Jammerlöhnen abgespeist werden.
Ihre Partei, die SPD will gesetzliche Mindestlöhne nur in den Fällen, in denen keine befriedigenden Tarifregelungen zustande kommen. Ihre SPD spricht nur von einem Auffangmindestlohn von etwa 6 Euro.
Damit lassen sich aber keine existenzsichernden Löhne herstellen, sondern nur Armutslöhne festigen.
Während sie und ihre Bremer Kollegen den Wählern vorgaukeln, sie seien für die Einführung eines Mindestlohns, verhindern sie im Bundestag eine Mehrheit dafür: Vor drei Tagen stimmten die CDU und SPD einheitlich für die Absetzung des von der Fraktion DIE LINKE beantragten Tops Mindestlohn von der Tagesordnung des Ausschusses für Arbeit und Soziales.

Werden Sie deutlich und bekennen Sie Farbe:

7,50 Euro, wie sie von den Gewerkschaften als erster Einstieg in den gesetzlichen Mindestlohn gefordert werden sind das absolute Minimum, und nicht irgendein Verhandlungsgegenstand.
DIE LINKE fordert den Einstieg in den gesetzlichen Mindestlohn mit 8 Euro Plus.

KEIN LOHN UNTER 7,50 Euro pro Stunde

… für einen Politikwechsel in Hamburg.

Im Falle eines Wahlsiegs wollen Sie „ sofort“ über 100 Millionen Euro für neue Arbeitsplätze ausgeben.
Wer soll das glauben? Sie bekennen sich zur Agenda 2010 und den Hartz-IV Gesetzen, klagen aber über die rigorose Umsetzung dieser neoliberalen Politik in Hamburg.

DIE LINKE unterstützt die Forderung der Gewerkschaften nach einer Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, »*die endlich aufhört, Langzeitarbeitslose massenhaft in nutzlose und würdelose Ein-Euro-Jobs zu drücken und sie mit Sozialdetektiven zu verfolgen, die besser als Betriebsprüfer gegen Umsatzsteuerbetrug eingesetzt werden sollten*«.

DIE LINKE fordert als ersten Schritt eines Politikwechsels in Hamburg,

- die Umwandlung aller 1-Euro-Jobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse.
- Die vom CDU-Senat eingesparten Mittel für Fortbildung und aktive Arbeitsmarktpolitik müssen wieder für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eingesetzt werden.
- Angesichts der Perspektivlosigkeit der Situation der Langzeitarbeitslosen ist der Aufbau eines öffentlichen Beschäftigungssektors unverzichtbar.

DIE LINKE.
Landesverband Hamburg

Linkspartei.PDS Hamburg / WASG Hamburg • Kreuzweg 7 • 20099 Hamburg • 040 -22 62 42 14 & 040- 3 89 21 64
info@wasg-hh.de & info@linkspartei-hamburg.de • http://wasg-hh.de & http://www.linkspartei-hamburg.de

V.i.S.d.P. Martin Wittmaack, c/o LP.PDS, Kreuzweg 7, 20099 Hamburg